

---

## Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht anlässlich des Tages der Menschenrechte

Im Vorfeld der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg richtete die AG Staatsbürgerschaftsrecht eine Erklärung an Innenminister Friedrich Dickel.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilnehmen wollten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Etliche Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten waren seit September 1987 in der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" organisiert, die Rechtsberatungen für Ausreisewillige durchführte. Sie hatte am 10. Dezember 1987 mit einer Erklärung zum Tag der Menschenrechte auf sich aufmerksam gemacht, gerichtet an Innenminister Friedrich Dickel. Darin prangerte sie die Beschneidung der Menschenrechte in der DDR an. Erwin Grünberg, Günter Jeschonnek und Kai Wieckberg unterzeichneten für die AG Staatsbürgerschaftsrecht das Schreiben mit ihrem vollen Namen.

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX/9, Nr. 1652, BL 277-280

---

### Metadaten

Datum: 10.12.1987

## Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht anlässlich des Tages der Menschenrechte

Kontaktadressen:

Erwin Gruenberg Wolliner Str. 26 Berlin 1054	Guenter Jeschonnek Willi-Bredel-Str. 27 Berlin 1071	Kai Wieckberg Florastr. 33/2 Berlin 1100
---	--	---

-----

Ministerium des Innern  
Minister des Innern  
Herrn Friedrich Dickel  
Mauerstr. 29  
Berlin  
1086

Berlin, den 10.12.1987

Sehr geehrter Herr Dickel!

Mit dieser Erklärung anlässlich des Tages der Menschenrechte wenden wir uns an Sie, weil zu den von uns beschriebenen Problemen kein konstruktiver Dialog mit den dafür zuständigen staatlichen Organen möglich ist.

Alle Unterzeichnenden, die eigenverantwortlich den Inhalt dieser Erklärung tragen, bieten hiermit erneut ihre Gesprächsbereitschaft an.

Die in der Erklärung beschriebene Ausweglosigkeit in Ausreiseangelegenheiten gebietet unseres Erachtens dringend ein menschenwürdigeres Handeln seitens der DDR-Regierung.

Eine Gesellschaftsordnung, die sich ihren Konflikten nicht offen und kritisch stellt, ist schwer erkrankt. Deshalb wenden wir uns auch an Sie, um in Ausreiseangelegenheiten künftig gemeinsam Lösungen zu finden, die das Selbstbestimmungsrecht und die Würde des einzelnen respektieren. Prinzipien und Gesetze eines Landes sind umso überzeugender je menschenfreundlicher ihre Praxis ist.

Solange in der DDR Menschenrechte beschnitten werden, die für die freie Entfaltung des einzelnen unentbehrlich sind, und solange nicht über die eigentlichen Ursachen des Ausreisesyndroms öffentlich nachgedacht wird, kann auch der Zunahme von Ausreiseanträgen kein Einhalt geboten werden. Selbst restriktivere Massnahmen seitens der staatlichen Organe können diese Entwicklung nicht verhindern.

So schmerzhaft es für jede Gesellschaft auch ist, dass gut ausgebildete und engagierte Menschen ihr Land verlassen, so wenig ist aber zu akzeptieren, dass diese Menschen wegen ihrer Gewissensentscheidung diskriminiert oder bestraft werden.

Die Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" setzt sich aus Christen und Nichtchristen zusammen, die ausreisen oder weiterhin in der DDR leben bleiben wollen.

Unsere Arbeitsgruppe genießt Gastrecht in den Räumen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

Im Auftrage aller Unterzeichnenden stehen folgende Adressen von Mitgliedern der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" für Ihre Antwort zur Verfügung.

.....  
(Erwin Gruenberg)

.....  
(Guenter Jeschonnek)

.....  
(Kai Wieckberg)

BSU  
000277

## Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht anlässlich des Tages der Menschenrechte

- E R K L Ä R U N G -

BStU  
000278

Anlaesslich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 1987 will die Arbeitsgruppe "Staatsbuergerschaftsrecht der DDR" auf Menschenrechtsverletzungen in der DDR aufmerksam machen. Im Gegensatz zu offiziellen Erklærungen von Repraesentanten der DDR-Regierung, wonach die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit von zivilen, politischen, sozialen und kulturellen Rechten in der DDR ihre Verwirklichung finden, kommen wir zu dem Ergebnis, dass sowohl voelkerrechtlich verbriefte Menschenrechte als auch innerstaatliches Recht verletzt werden.

Im besonderen meinen wir die von den staatlichen Organen angewandte Rechtspraxis hinsichtlich der Entlassung aus der Staatsbuergerschaft der DDR, der Familienzusammenfuehrung und Eheschliessung, der Reisefreiheit von DDR-Buergern und Auslaendern, sowie der Strafgesetze der DDR.

1.

Obwohl die Verfassung der DDR (Artikel 19/4) eindeutig festlegt, dass die Bedingungen fuer den Erwerb und den Verlust der Staatsbuergerschaft der DDR durch Gesetz bestimmt werden, begruenden die staatlichen Organe fuer Innere Angelegenheiten ihre Bearbeitungsweise von Entlassungsantraegen aus der Staatsbuergerschaft der DDR entweder gar nicht oder mit nicht existentem innerstaatlichem Recht ("Dienststellenrecht, Sondergenehmigungen, Sondergesetze"). Dies geschieht unter Missachtung der Allgemeinen Erklærung der Menschenrechte (Artikel 13/2, 15/2), der Internationalen Konvention ueber zivile und politische Rechte (Artikel 2, 5, 12, 14, 18, 26), der Schlussakte von Helsinki und dem Abschliessenden Dokument des Madrider KSZE-Folgetreffens, der Verfassung der DDR (Artikel 4, 8, 19, 20/1, 89/3), sowie unter Missachtung des Staatsbuergerschaftsgesetzes der DDR (Paragraphen 2 und 10) und der dazugehoerigen Durchfuehrungsverordnung (Paragraphen 4/5 und 8/2).

Mit dieser Praxis verweisen die staatlichen Organe die gesetzlich berechtigten Antragsteller in einen gesetzlosen Raum und entziehen ihnen damit die legitime Rechtsfaehigkeit wie auch den garantierten Rechtsschutz. Ausserdem sprechen sie diesen Staatsbuergern das Recht zur Eingabe ab; erklæren sich in diesen Angelegenheiten fuer allein zustændig und verweigern jedem Antragsteller das Mitspracherecht.

Die Entscheidung in Staatsbuergerschaftsangelegenheiten wird zu einer allein staatsrechtlichen Angelegenheit erklært, d.h., der Staatsbuurger muss sich als Eigentum des Staates verstehen. Vielfaeltige Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen gegenueber den Antragstellern sind die Folge:

- Antragsteller muessen in der Regel jahrelang auf die Entscheidung der staatlichen Organe warten, ohne jemals konkrete Anhaltspunkte ueber den Stand der Bearbeitung ihres Anliegens erfahren.
- Objektive Kriterien fuer die Entscheidungsfindung werden ihnen nicht mitgeteilt; auch das erfolgt ohne Benennung gesetzlicher Grundlagen.



## Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht anlässlich des Tages der Menschenrechte

BStU  
000279

- Die Freizügigkeit innerhalb der DDR wird eingeschränkt; Reiseverbote ins Ausland werden ausgesprochen.
- Die wachsende Ausweglosigkeit, in die Antragsteller mit zunehmender Wartezeit gedrängt werden, macht die meisten psychisch und physisch krank, provoziert Kurzschlusshandlungen und begünstigt Rechtsverletzungen.
- Gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation (z.B. berufliche Benachteiligungen bis hin zu Berufsverboten, Einschränkungen sozialer Leistungen, Nichtgewährung von Bildungsmöglichkeiten, zwangsweise Veräußerung von persönlichem Eigentum) verschärfen die Situation der Antragsteller.

2.

Die staatlichen Organe für Innere Angelegenheiten halten sich in der Regel nicht an die vorgesehenen Bearbeitungsfristen für Genehmigungserteilungen und Rechtsmittel, wie sie in der Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung festgelegt sind. Damit behindern sie Familienzusammenführungen und Eheschließungen zwischen Bürgern der DDR und Ausländern. Das steht im Widerspruch zu den KSZE-Dokumenten von Helsinki und Madrid.

3.

Kein DDR-Bürger hat den gesetzlich rechtlichen Anspruch zur freien Aus- u. Einreise. Trotz der Erweiterung von Reisemöglichkeiten ist die Genehmigungspraxis weiterhin durch Privilegien, Treuebekanntnisse und Verwandtennachweise gekennzeichnet. Abgelehnte Reiseanträge werden nicht begründet; auch gibt es keine gesetzlichen Festlegungen, die eine unabhängige Prüfung der Entscheidung der staatlichen Organe ermöglichen.

4.

Aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassene Staatsbürger, die jetzt im Ausland leben, dürfen in der Regel nicht mehr in die DDR einreisen. Obwohl diese Praxis eindeutig im Widerspruch zu den Menschenrechtserklärungen und den KSZE-Dokumenten von Helsinki und Madrid steht, hebt die DDR-Regierung ihre ungerechtfertigten Einreiseverbote nicht auf.

5.

Folgende Strafgesetze der DDR, Paragraphen 99, 100, 106, 107, 214, 217, 218, 219 und 220, können so interpretiert werden, dass die Inanspruchnahme ziviler und politischer Menschenrechte weitgehend eingeschränkt wird. Deshalb ist es an der Zeit, die Legitimität dieser Strafgesetze unter dem Aspekt der in der DDR garantierten Verwirklichung aller Menschenrechte zu hinterfragen.

## Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht anlässlich des Tages der Menschenrechte

Die Unterzeichner dieses Schreibens sind der Auffassung, dass die Menschenrechte, wie sie in der UNO-Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 proklamiert wurden, zu den Grundrechten und Grundfreiheiten jedes Staatsbürgers zählen und fuer die Legitimität jeder Staatsordnung - einschliesslich ihrer Gesetzgebung - unerlaesslich sind. Die Anerkennung und Wahrung aller Menschenrechte ist die Voraussetzung fuer den Schutz der menschlichen Wuerde und Freiheit des einzelnen wie auch fuer das friedliche Zusammenleben der Voelker.

Wir appellieren daher an alle, die in diesem Land politische Verantwortung tragen, folgende Forderungen anzuerkennen und zu unterstuetzen:

- Enttabuisierung der Ausreiseproblematik durch oeffentliche Diskussion, um ihre Ursachen zu analysieren und abzubauen.
- Praezisierung des Staatsbuergerschaftsgesetzes der DDR und der dazugehoerigen Durchfuehrungsverordnung in Uebereinstimmung mit dem geltenden Voelkerrecht (insbesondere mit der Internationalen Konvention ueber zivile und politische Rechte) und der Verfassung der DDR, um die rechtswidrige Anwendung dieses Gesetzes durch die staatlichen Organe auszuschliessen.
- Einfuehrung einer gesetzlichen Fristenregelung, die das Entlassungsverfahren aus der Staatsbuergerschaft der DDR fuer alle Antragsteller gleichberechtigt regelt.
- Aufhebung der restriktiven Anwendung des Begriffes "Familie" in der Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenfuehrung und der Eheschliessung in Uebereinstimmung mit den KSZE-Dokumenten von Helsinki und Madrid. Einhaltung der in der Verordnung festgelegten Bearbeitungsfristen fuer Genehmigungserteilungen und Rechtsmittel.
- Die Gewaehrleistung gegenseitiger Kontakt- u. Besuchsmoeglichkeiten von Angehoerigen getrennter Familien, solange diese noch nicht zusammengefuehrt sind.
- Eine gesetzlich garantierte Reisefreiheit fuer alle DDR-Buerger unabhængig von Alter, beruflicher Stellung, familiaeren Verhaeltnissen, einschliesslich ihrer politischen und religioesen Ueberzeugung. Reiseverbote muessen rechtskraeftig begruendet werden und gerichtlich einklagbar sein.
- Aufhebung ungerechtfertigter Einreiseverbote fuer ehemalige DDR-Buerger und andere Auslaender.
- Die juristische Gleichrangigkeit aller Menschenrechte gebietet die Schaffung rechtsverbindlicher Garantien, damit der Staatsbuerger seinen Anspruch auf alle Menschenrechte gegenueber staatlichen Organen durchsetzen kann. Das schliesst einen fuer den Staatsbuerger ueberschaubaren Mechanismus zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten mit staatlichen Organen ein. Deshalb halten wir die Einfuehrung unabhængiger Verwaltungsgerichte fuer dringend erforderlich.
- Die Verwirklichung der Menschenrechte kann nicht nur Angelegenheit des Staates sein. Unseres Erachtens gehoeren dazu die gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsbuerger, das ungeschminkte Aufzeigen vorhandener Defizite, der offene Dialog mit Andersdenkenden und gesellschaftlicher Freiraum fuer die uneingeschraenkte Arbeit unabhængiger Friedens- u. Menschenrechtsgruppen.

Berlin, den 10.12.1987

Arbeitsgruppe "Staatsbuergerschaftsrecht der DDR"

**in 1000**

Die Seiten 4 - 5 - 6 enthalten 44 Unterschriften der Arbeitsgruppe "Staatsbuergerschaftsrecht der DDR".